

OE REcht

Die Zielsetzung der Produktgruppe Justizariat besteht darin, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen, Konflikte zu lösen und sowohl die zentrale Rechtsausübung als auch die Durchsetzung kommunaler Interessen sicherzustellen.

Beratung und Unterstützung in strategischen Rechtssachen

Auch 2015 beriet die OE Recht Politik und Verwaltungsspitze (rechts-)strategisch. Sie unterstützte die Dezernate bei der Entwicklung und Durchführung gesamtstädtischer bzw. dezernatsübergreifender Projekte, z. B.:

- Innenstadtprogramm GO OG
- Gründung einer Badbetriebs GmbH
- Ausschreibung/Vergabe Schlüsselbus

Rechtsservice für Fachbereiche:

Die OE Recht führte 2015 für die Stadt Prozesse vor den Verwaltungsgerichten, den Zivilgerichten und den Arbeitsgerichten.

Sie gewann für die Stadt über 90% der Verfahren; wobei die Verfahren, in denen sie unterlag, unter 5% der Streitwertsumme ausmachten und damit kaum ins Gewicht fielen.

Verwaltungsintern ist die OE Recht Ansprechpartnerin in sämtlichen rechtlichen Belangen. Sie unterstützt alle städtischen Bereiche sowie die Eigenbetriebe in Rechtsfragen und in rechtlich komplexen Verwaltungsverfahren. In 2015 begleitete sie beispielsweise die Ortschaften eng bei der erforderlichen Umsetzung des Jagdrechtes. Aufgrund des neu erlassenen JWVG waren hier insbesondere die Satzungen der Genossenschaften und die Jagdpachtverträge anzupassen und ein neues Jagdkataster zu erstellen. Auch die notwendigen Abstimmungen mit dem Landratsamt übernahm die OE Recht federführend.

Zur Gründung der Badbetriebs GmbH überarbeitete die OE Recht den von ihr entworfenen Gesellschaftsvertrag und führte den Vertrag einer aufsichtsrechtlichen Abstimmung mit dem Regierungspräsidium zu.

Gremienberatung:

Die OE Recht ist Ansprechpartnerin für rechtliche Fragen der Mitglieder des Gemeinderates und seiner Ausschüsse, der Ortschaftsräte sowie der Sitzungsleitungen. Dieses Angebot wird insbesondere in Vorbereitung auf Sitzungen und bei Fragen zu deren ordnungsgemäßem Ablauf (z.B. Antragstellungen, Protokollierung und Befangenheiten) stark nachgefragt. Die Nachfrage hatte unmittelbar nach der Kommunalwahl deutlich zugenommen, hat sich aber in 2015 wieder auf ein Normalmaß reduziert.

Datenschutz:

2015 ist ein deutlicher Anstieg datenschutzrechtlicher Anfragen vor allem der städtischen Beschäftigten selbst zu verzeichnen. Dies ist wohl auf einen gesamtgesellschaftlich wahrzunehmenden Trend zurückzuführen. Insgesamt steigt in der Bevölkerung das Bewusstsein für einen sensiblen, d. h. auch sparsamen Umgang mit personenbezogenen Daten (vgl. z. B. den Streit um das safe harbor-Abkommen, das jahrzehntelang die Übermittlung personenbezogener Daten zwischen Europa und den USA regelte und das der EuGH auf die Klage eines Bürgers hin in 2015 für rechtswidrig erklärte).

Die OE Recht stellt in diesem Bereich die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben des Datenschutzes sicher und ist als Servicestelle für die Beschäftigten und deren datenschutzrechtliche Fragestellungen Ansprechpartnerin.

Sonstiges:

Die OE Recht ist Beschwerdestelle nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, sie prüft Rügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich aufgrund der im AGG genannten Gründe benachteiligt fühlen.

Als Koordinationsstelle der Lenkungsgruppe der Kommunalen Kriminal-Prävention (KKP) zeichnet die OE Recht für deren Außendarstellung verantwortlich.